18.04.2013

„Wir hätten einem Studentenwohnheim gerne zugestimmt“

Mit einer Erklärung nimmt die SPD Bedburg-Hau bezüglich der Entscheidung zum geplanten Studentenwohnheim Stellung.

„Kritisch möchten wir darauf hinweisen, dass die Vorgehensweise des Investors, der sein Projekt frühzeitig ausschließlich der CDU-Fraktion vorstellte und es den anderen Fraktionen nachrangig und verzögert ermöglichte auf den gleichen Informationsstand zu kommen, suboptimal gewesen ist. Diese Kritik muss erlaubt sein – hat aber keinen Einfluss auf die letztlich von uns getroffene Entscheidung in der Sache. Der Sachverhalt stellt sich so dar: Der Investor bewerbe sein Projekt als Studentenwohnheim. Es sollen möglicherweise bis zu 90 Wohneinheiten entstehen. Um durch anderweitige Nutzung die Gefahr eines sozialen Brennpunktes, auch speziell im Interesse der Anwohner der Saalstr., zu minimieren, wurde eine Festschreibung der Nutzung zu studentischen Zwecken von der FDP vorgeschlagen und von der SPD mitgetragen“, erklärt van Beek.

„Damit war die, vom Investor Herrn Ruffen beauftragte Architektin und Schwägerin Frau Ruffen, noch einen Tag vor der Ratssitzung vollkommen einverstanden, da man, wie sie sinngemäß ausführte, eh keine anderen Absichten als die Errichtung von Studentenwohnungen verfolge. In der Ratssitzung lehnte Herr Rufen diese Festlegung plötzlich und nachdrücklich ab und verwies auf sein finanzielles Risiko einer solchen Investition“, so der Sozialdemokrat van Beek

„Dies können wir ja auch durchaus noch nachvollziehen. Jedoch, dass der Investor dann auch einen

Kompromissvorschlag der Verwaltung, der es ihm sogar erlauben sollte bis zu 30 Prozent der Wohnungen an Andere als Studierende zu vermieten, so rigoros ablehnte machte doch sehr stutzig. Damit konnten unsere Bedenken jedenfalls nicht ausgeräumt werden und es wundert uns doch sehr, dass diese Sorgen von der CDU nicht geteilt werden. Übrigens: Eine Festschreibung einer Nutzung ist grundsätzlich nichts ungewöhnliches. Es macht hier den Eindruck, dass, obwohl der Investor praktisch ein Drittel komplett anders nutzen könnte, er sich seiner Sache, der Nutzung des Objektes durch Studenten, selbst nicht wirklich so sicher ist. Wir hätten mit uns über die Drittellösung reden lassen und hätten, wie in der Ratssitzung meinerseits geäußert - dies möchte ich nochmals betonen – einem Studentenwohnheim gerne zugestimmt. Wir würden uns gleichwohl freuen wenn der Investor das Angebot der Verwaltung zu Gesprächen wahrnimmt und unsere Bedenken der Schaffung eines sozialen Brennpunktes ernst nimmt sowie Bereitschaft zeigt unsere Bedenken auch zu berücksichtigen“, so Willi van Beek, der sich unter dieser Prämisse durchaus offen für Verhandlungen zeigt.